

**Rede von Dr. Franz Josef Jung MdB, Bundesminister a.D.,  
anlässlich des Jahresempfanges der Agentur für Arbeit Hanau**

**Titel: „Die Zukunft des Arbeitsmarktes im Main-Kinzig-Kreis“**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Datum: 3. Februar 2012

Ort: Schloss Philippsruhe, Hanau

Uhrzeit: 17 Uhr

Gastgeber: Agentur für Arbeit Hanau

Sehr geehrter Herr Noblé,  
sehr geehrter Herr Landrat Pipa,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Die Menschen in Deutschland, in Hessen und im Main-Kinzig-Kreis haben in den vergangenen Jahren großartiges geleistet!

Deutschland ist vom „kranken Mann Europas“ zum „Hochleistungssportler Europas“ geworden.

2011 war für den **deutschen Arbeitsmarkt** ein erfolgreiches Jahr:

- a) Wir haben die niedrigste Erwerbslosenquote seit 20 Jahren.
- b) Wir verzeichnen einen Rekord mit einer Beschäftigungszahl von über 41 Millionen Menschen.
- c) Die Langzeitarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit konnte in den vergangenen Jahren nahezu halbiert werden.

Diese positiven Entwicklungen lassen sich auch in **Hessen** beobachten:

- a) Im Vergleich zum Dezember 2010 ist die Zahl der Arbeitslosen im vergangenen Jahr um 8% gesunken.
- b) Im Gesamtjahr 2011 war die Arbeitslosenquote so niedrig wie seit 17 Jahren nicht mehr.

- c) Die Prognose für das Wirtschaftswachstum 2012 liegt in Hessen mit 1,2% deutlich über der bundesweiten Vorhersage (Bund: 0,7%).

Der **Main-Kinzig-Kreis** steht dieser allgemein positiven Entwicklung in nichts nach:

- a) Eine Arbeitslosenquote von 4,9% gab es in diesem Bezirk seit Jahrzehnten nicht mehr.
- b) Im Vergleich von Dezember 2010 und Dezember 2011 konnte hier die Zahl der Arbeitslosen um 1.467 Personen reduziert werden
- c) und auch die Arbeitslosigkeit der über 55jährigen im Main-Kinzig-Kreis konnte im Vergleich zum Vorjahr um 13,3% reduziert werden.

Meine Damen und Herren, diese Entwicklungen sind das Ergebnis der Schaffenskraft der Unternehmer, des großen Engagements der Arbeitnehmer und zeigt nicht zuletzt auf, wie hoch die Qualität und der Einsatz der Institutionen ist, die mit der Aufgabenwahrnehmung im Bereich SGB II und SGB III betraut sind.

Ich habe diese positiven Entwicklungen - und zugegebenermaßen vielen Zahlen - aus zwei Gründen an den Beginn meiner Rede gestellt:

1. Grundsätzlich sollten wir dazu übergehen, nicht ausschließlich über negative Trends und Problemkonstellationen zu sprechen. Man darf auch einmal Stolz auf erbrachte Leistungen sein. Wir können etwas und derzeit können wir in vielen Teilbereichen mehr, als z.B. unsere europäischen Nachbarn!
2. Der zweite Grund, warum ich die Entwicklung am Arbeitsmarkt skizziert habe, liegt darin begründet, dass diese Daten den **Wandel** dokumentieren, in dem sich **unsere Gesellschaft** und unser **Arbeitsmarkt** derzeit befinden.

Auf die aus meiner Sicht entscheidenden Veränderungen möchte ich im Folgenden detaillierter eingehen und einige Entwicklungen „kurz“ skizzieren.

Im Übrigen: wenn ein Redner „kurz“ sagt, dann sollte das ein erstes Warnsignal an das Auditorium sein. Ich versuche mich aber an die Vorgabe von Mark Twain zu halten, der einmal gesagt haben soll: „Eine gute Rede hat einen Anfang und ein Ende – und beide sollten möglichst dicht beieinander liegen.“

Da der Main-Kinzig-Kreis – wie eingangs gesehen – keine Enklave in der Bundesrepublik darstellt, gelten meine allgemeinen Ausführungen auch für den Main-Kinzig-Kreis.

Beginnen möchte ich mit dem zu beobachtenden **demographischen Wandel** in unserer Gesellschaft und dessen Auswirkungen auf unseren Arbeitsmarkt und unser Rentensystem:

In den letzten 50 Jahren hat die Lebenserwartung in Deutschland um ca. 11 Jahre zugenommen. Die durchschnittliche Rentenbezugszeit hat sich in diesem Zeitraum von 10 auf 18 Jahre erhöht.

Die Menschen in Deutschland werden immer gesünder und leben - auch aufgrund des medizinischen Fortschritts – immer länger. Diese grundsätzlich positive Entwicklung stellt für unser Rentensystem und unseren Arbeitsmarkt jedoch eine besondere Herausforderung dar, da die Geburtenzahlen die benannte Entwicklung nicht kompensieren können.

2029 haben wir in Deutschland ca. 5 Millionen Menschen mehr in der Rente und ca. 6 Millionen Menschen weniger im erwerbsfähigen Alter. Kurzum: Die Mitte schmilzt.

Einige von Ihnen werden sich sicherlich fragen, warum ich gerade das Jahr 2029 als Referenzpunkt gewählt habe. Dies hat weniger mit den Vorgaben aus einer Statistik zu tun, als vielmehr mit der Tatsache, dass die **Rente mit 67** im Jahr 2029 vollständig greift. Der Einstieg in die Verlängerung des Erwerbslebens wird in diesem Jahr unternommen.

Angesichts der geschilderten Entwicklungen in unserer Gesellschaft, ist die Rente mit 67 richtig und notwendig, meine Damen und Herren. Wenn wir durchschnittlich 11

Jahre an Lebenserwartung gewinnen, dann können wir zwei Jahre davon in Arbeit investieren.

Einige unserer europäischen Nachbarn wie z.B. Großbritannien, Frankreich oder Dänemark haben diesen Weg bereits vor uns eingeschlagen, weil auch dort die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme erkannt wurde.

Man muss schon auf einem betonharten ideologischen Kurs wie „DIE LINKE“ sein, um diese Wirklichkeit nicht realisieren zu können. Ich sage das deshalb, weil „DIE LINKE“ keine Gelegenheit auslässt, einen Stopp der Rente mit 67 zu fordern. Ich bringe deren Argumentation auf den Punkt: Menschen über 55 Jahre sind in der Arbeitswelt nicht mehr zu gebrauchen.

Meine Damen und Herren, ich vertrete an dieser Stelle eine andere Auffassung.

Lassen Sie mich kurz von einem Gespräch berichten, dass ich vor wenigen Wochen mit einem Geschäftsführer mehrerer Autowerkstätten geführt habe. Er beschrieb seine Erfahrungen wie folgt: die jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind teils Virtuosen, wenn es um computerbasierte Arbeiten an einem Auto geht. Sie können einen Fehler auslesen und das kaputte Teil gegen ein Neues auswechseln - ein älterer Mitarbeiter, repariert das Teil.

Die jüngeren Generationen können meines Erachtens auf die Kenntnisse und Erfahrungen der älteren Generationen nicht verzichten. Ein gegenseitiger Lernprozess zwischen den Generationen ist das Idealmodell für einen dynamischen und auch innovativen Betrieb. Die Gleichungen „jung = Innovation **und** alt = Stillstand“ geht aus meiner Sicht nicht auf.

Ich verweise an dieser Stelle auf das prominente Beispiel von Johann Sebastian Bach, welcher in seiner letzten Lebensphase über die größte Schaffenskraft verfügte oder nehmen Sie das Beispiel Steve Jobs, dessen Kreativität mit wachsendem Alter sicher nicht nachließ.

In den letzten 10 Jahren hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Alter der über 55jährigen um 1,5 Millionen Personen erhöht. 57% der 55-64jährigen stehen inzwischen im Erwerbsleben und das ist Platz 2 in Europa.

Im Main-Kinzig-Kreis – ich erwähnte es bereits – ging die Arbeitslosigkeit der über 55jährigen von Ende 2010 bis Ende 2011 um 13,2% zurück. Der bundesweite Trend - wie auch der Trend vor Ort - lassen uns daher optimistisch in die Zukunft blicken.

Dennoch sind wir bislang „nur“ Platz 2 in Europa. Unser Anspruch muss es sein, die Nummer 1 in Europa zu werden. Dieses Ziel verfolgen wir nicht, um in einer Statistik ganz oben zu stehen, sondern wir verfolgen dieses Ziel im Interesse der über 55jährigen in unserem Land.

Die Erkenntnis, dass es eine Frage des richtigen Miteinanders der Generationen ist und nicht die Frage, ob die eine oder die andere Generation für mehr Wachstum sorgen kann, setzt sich zusehends durch. Daran müssen und sollten wir alle weiter arbeiten.

Ein entscheidender Faktor zur Erreichung der Pole Position auf diesem Gebiet ist die Weiterbildung der Arbeitssuchenden sowie die betriebliche Weiterbildung. Im Bundeshaushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) stehen daher für knapp 3 Millionen Arbeitslose 3 Milliarden Euro zur Verfügung.

Dies sind Mittel, die insbesondere auch den älteren Arbeitssuchenden helfen sollen, wieder Anschluss zu finden.

Ich bin der festen Überzeugung, dass hier ein großes Potential an „Know-how“ noch im Verborgenen liegt.

Wir werden für unser **Rentensystem** international bewundert, doch gibt es auch Schwachstellen: Wir können beobachten, dass Menschen in unserem Land am Ende ihres Erwerbslebens keine auskömmliche Rente haben, sei es durch einen geringen Verdienst oder langjährige Teilzeitbeschäftigung aufgrund der Pflege Älterer oder der Erziehung Jüngerer. Diesen Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, müssen wir eine Antwort geben, die das Kriterium der Gerechtigkeit in Bezug auf die

Rentenzahlung erfüllt. Diese „Baustelle“ soll mit Hilfe des derzeit stattfindenden Rentendialogs bearbeitet werden.

In dem Dialog ist aus meiner Sicht darauf zu achten, dass das Äquivalenzprinzip bei der Rentenberechnung nicht vollständig in Vergessenheit gerät. Im Rahmen unserer Politik der Haushaltskonsolidierung wird insbesondere über die etwaige Finanzierung zu sprechen sein.

Eine Politik nach dem Motto der LINKEN „Freibier für alle und nachher die Zeche prellen“ wird es mit der CDU nicht geben.

Lassen Sie mich zur Rente mit 67 abschließend sagen, dass es keine Frage des Alters sein darf, sondern eine Frage der Fähigkeiten sein muss, um am Arbeitsmarkt teilnehmen zu können. Die Rente mit 67 ist ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit und sichert die Stabilität unseres Rentensystems.

Eine zweite Entwicklung, die in Verbindung zum demographischen Wandel steht und auf die ich eingehen will, lässt sich am ehesten mit der **Umstellung vom „Szenario Massenarbeitslosigkeit“ auf das „Szenario Fachkräftesicherung“** beschreiben.

Die Sicherung von Fachkräften beginnt mit der schulischen Bildung und sie beginnt zunächst einmal in unserem Bundesland Hessen:

Noch im Rahmen der Konjunkturprogramme hat die Hessische Landesregierung Investitionen von ca. 2,6 Milliarden Euro in Hochschulen, Schulen und die kommunale Infrastruktur getätigt.

Diese Ausgaben galten nicht ausschließlich dem Erhalt und der Schaffung neuer Arbeitsplätze während der Wirtschaftskrise. Sie sollten darüber hinaus eine Investition in die Zukunft des Landes – also in den Bildungsbereich sein.

Eine gute und solide schulische Ausbildung ist die Grundvoraussetzung für die Gewinnung künftiger Fachkräfte. Die Hessische Landesregierung hat dazu in den vergangenen 2 Jahren mehr als 2150 Lehrerstellen an unseren Schulen geschaffen.

Diese neu geschaffenen Stellen sollen einen Beitrag dazu leisten, Unterrichtsausfälle zu reduzieren, die individuelle Förderung weiter zu optimieren und damit den jungen Menschen das Rüstzeug für die spätere fachspezifische Ausbildung an die Hand geben.

Flankiert werden diese landespolitischen Maßnahmen durch bundespolitische Programme. Mit der „Kieler Erklärung“ des CDU-Bundesvorstandes haben wir uns zum Ziel gesetzt, künftig 10% des Bruttoinlandproduktes in den Bildungsbereich zu investieren. Bis zum Ende der Wahlperiode werden für dieses Ressort zusätzliche 12 Milliarden Euro bereitgestellt.

Darüber hinaus soll der Hochschulpakt bis zum Jahr 2015 bis zu 335.000 zusätzliche Studienplätze schaffen. Wie ernst es uns mit dem **Bildungsressort als Zukunftsressort** ist, zeigt, dass allein der Haushalt des BMBF gegenüber dem Jahr 2005 um 74% gestiegen ist. Wir müssen zwar im Rahmen der Haushaltskonsolidierung sparen, aber in einem Ressort sparen wir nicht – dem Bildungsressort.

Ein besonderes Augenmerk möchte ich an dieser Stelle auf die **dualen Studiengänge** richten. Der Erwerb von theoretischem und praktischem Wissen stellt meines Erachtens die Lern- und Lehrform der Zukunft - auch im Hochschulbereich - dar.

Das Modell ist keineswegs eine Neuheit. Die duale Ausbildung in Deutschland genießt seit jeher größte internationale Anerkennung. Auch im Bereich der Fachhochschulen ist die Verknüpfung von Theorie und Praxis eine gängige Lehrmethode.

Der weitere Ausbau dieser akademischen Laufbahn ist aus meiner Sicht ein noch zu realisierendes Ziel. Insbesondere für die so genannten MINT-Fächer, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, muss diese Lehr- und Lernform der Standard werden.

Die Anzahl der dualen Studiengänge wurde 2011 im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt. Wir wollen diesen Weg weiter gehen und haben dies im CDU-Bundesvorstand mit der „Kieler Erklärung“ auch festgeschrieben.

Der Ausbau der dualen Studienplätze wird ein zentrales Instrument zur Bekämpfung des Fachkräftemangels sein.

Damit einhergehend, wollen wir die **Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ausbauen und vertiefen.**

Es gilt weiter der Grundsatz: „Wir können nur so viel teurer sein, wie wir besser sind.“ Um unser hervorragendes Niveau in der Entwicklung und Fertigung von Produkten zu erhalten, ist eine enge Verknüpfung von Wirtschaft und Wissenschaft unerlässlich.

Von entscheidender Bedeutung - bei einer noch engeren Verzahnung dieser beiden Bereiche - wird es sein, dass unsere Forschungsergebnisse auch weiterhin bei uns produziert werden, und daraus resultierend Arbeitsplätze entstehen.

Dazu tragen z.B. der Spitzencluster-Wettbewerb, die Innovationsallianzen und die Initiative Forschungscampus bei, durch die Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam an der Umsetzung von Projekten arbeiten. Diese Initiativen genießen auch künftig eine hohe Priorität.

Im weltweiten Wettbewerb um Zukunftsmärkte können wir beobachten, dass insbesondere unsere asiatischen und amerikanischen Konkurrenten wichtige Schlüsseltechnologien deutlich stärker fördern, als es uns innerhalb des europäischen Wettbewerbsrechts überhaupt erlaubt ist.

Zugleich wird in manchen Sektoren der Marktzugang für europäische Anbieter abgeschottet und einheimische Unternehmen werden in einigen Ländern bei öffentlichen Aufträgen bevorzugt.

Die CDU setzt sich daher in Brüssel und in den Verhandlungen um ein neues internationales Freihandelsabkommen im Rahmen der WTO mit Nachdruck für offene Märkte und die Verhinderung eines Subventionswettlaufs ein.

Die im Zuge des demographischen Wandels notwendige Fachkräftesicherung lässt sich jedoch nicht einzig und allein mit unserem Nachwuchs bewerkstelligen – dies zeigen alle Prognosen.

Gerade kürzlich habe ich auf N-TV einen bemerkenswerten Werbespot gesehen: Singapur wirbt darin um unsere Fachkräfte. Das ist legitim, doch möchte ich mit diesem Beispiel darauf hinweisen, dass der internationale Arbeitsmarkt an Fahrt gewinnt. Das Ergebnis dieser beiden Beobachtungen lautet: Deutschland muss ein größerer Akteur auf dem internationalen Arbeitsmarkt werden.

Unsere Richtlinie lautet hier: Wer es durch Leistungen zu etwas bringen will, ist uns willkommen! Ein Blick nach Kanada oder Singapur zeigt uns, dass dieser Grundsatz erfolgversprechend ist.

Die „**Blaue Karte**“ setzt für Hochqualifizierte aus dem Ausland das richtige Signal. Wer einen Hochschulabschluss und ein Arbeitsverhältnis mit einem Jahresgehalt von mindestens 44.000 Euro und Besitzer der Blauen Karte ist, kann bereits nach zwei Jahren ein Daueraufenthaltsrecht erhalten. Für Hochqualifizierte in Mangelberufen – z.B. Ingenieure oder IT-Fachkräfte – gilt gar eine Gehaltsgrenze von 33.000 Euro.

Weitergehend, müssen auch Arbeitgeber schneller Klarheit darüber haben, ob sie einen ausländischen Arbeitnehmer beschäftigen können. Die Einrichtung einer Vermittlungsbörse soll gerade kleinen und mittleren Unternehmen bei der Suche nach ausländischen Arbeitnehmern helfen.

Ich möchte von der internationalen Bühne zurückkehren, zu der Arbeit vor Ort:

Die Veränderung vom „Szenario Massenarbeitslosigkeit“ hin zum „Szenario Fachkräftesicherung“ führt auch unweigerlich zu einer Veränderung bzw. **Neuordnung der Instrumente zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt.**

Das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt stellt diese Neuordnung dar. Wir verabschieden uns mit diesem Gesetz vom „Gießkannenprinzip“. Vielmehr soll die Gießkanne ab April dieses Jahres einen

Aufsatz bekommen. Die Reform zielt darauf ab, stärker als bisher, die Integration in den ersten Arbeitsmarkt und damit die auf Dauer ungeforderte Erwerbstätigkeit in den Blick zu nehmen.

Aus diesem Grund verändern wir in der Grundsicherung für Arbeitssuchende gerade im Hinblick auf die öffentlich geförderte Beschäftigung etwas: Wir gehen weg von der Dauerförderung künstlich geschaffener Arbeitsplätze!

In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit war die öffentlich geförderte Beschäftigung das richtige Instrument. In einer Zeit, in der auf dem ersten Arbeitsmarkt händeringend Arbeitskräfte gesucht werden, darf dies aber nicht mehr das dominierende Instrument sein.

Öffentlich geförderte Beschäftigung soll künftig Bestandteil eines längerfristigen Eingliederungskonzeptes sein, das letztlich auch den Übergang in reguläre Beschäftigung ermöglicht. Hier sollen ausschließlich Menschen mit gravierenden Vermittlungshemmnissen angesprochen werden. Öffentlich geförderte Beschäftigung kann an dieser Stelle auch weiterhin Perspektiven aufzeigen.

Sehr geehrte Herr Noblé, Sie haben bereits im Jahr 2010 an dieser Stelle darauf hingewiesen, „dass Arbeitslose nicht über einen Kamm geschert werden dürften“, dass es „den Hartz IV Empfänger nicht gebe“.

Dieser Auffassung schließe ich mich vorbehaltlos an. Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt wollen wir versuchen, passgenaue Maßnahmen für die individuellen Bedürfnisse der Arbeitssuchenden zur Verfügung zu stellen.

Niemand kann über die individuelle Situation der Arbeitssuchenden besser informiert sein als die betreffende Person selbst und der Mitarbeiter vor Ort.

Daher ist es ein Ziel dieses Gesetzes, mehr Dezentralität zu schaffen, die gewährleistet, dass die Institutionen und Mitarbeiter vor Ort eigenverantwortlich über die Auswahl der Handlungsansätze entscheiden.

Ein Beispiel für die Erweiterung der Entscheidungskompetenzen vor Ort stellt die Freie Förderung dar. Das Instrument erlaubt es den Jobcentern, die Möglichkeiten der gesetzlich geregelten Eingliederungsleistungen durch freie Leistungen zu erweitern. Auch eine Projektförderung wird in diesem Rahmen möglich sein.

20% des Eingliederungstitels stehen nunmehr für die Freie Förderung und die Förderung von Arbeitsverhältnissen in einem erweiterten Handlungsrahmen vor Ort zur Verfügung.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter verändert sich künftig auch die Anzahl der Instrumente.

Die Zahl der Instrumente der aktiven Arbeitsförderung wird um rund ein Viertel reduziert. Transparenz und Übersichtlichkeit stellen hier die Messlatte dar. Das Dritte Kapitel „Aktive Arbeitsförderung“ im SGB III soll insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Arbeit erleichtern.

Nach gründlicher Evaluation werden Instrumente mit geringer praktischer Bedeutung bzw. keiner oder negativer Wirkung auf die Integrationschancen Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuchender wegfallen und Instrumente mit ähnlicher Zielrichtung werden zusammengeführt.

Wenn die Gießkanne einen Aufsatz bekommt, dann kommt in den meisten Fällen auch weniger Wasser heraus.

Die Bundesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, die Haushaltskonsolidierung weiter voran zu treiben. Dieses Ziel genießt höchste Priorität.

Warum wir dieses Ziel so hoch einstufen, meine Damen und Herren, bedarf nach den wochenlangen Meldungen aus Griechenland, Irland oder auch Italien wohl kaum einer Begründung. Die europäische Finanzmarktstabilisierung kann nur gelingen, wenn alle Mitglieder solide wirtschaften.

Welche Folgen eine Misswirtschaft haben kann, können wir gerade – quasi live – verfolgen. Um eine Verschärfung der Krise zu verhindern und um sie möglichst zügig zu überwinden, muss die Bundesrepublik mit gutem Beispiel vorangehen und eine makellose Haushaltsbilanz vorweisen.

Bis zum Jahr 2014 wollen wir daher einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Bis dahin müssen insgesamt 80 Milliarden Euro eingespart werden.

Auch das Ressort Arbeit und Soziales muss zu diesem strukturellen Sparpaket beitragen. Aus haushaltspolitischer Sicht führt hier kein Weg vorbei, da der Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) fast die Hälfte des Gesamthaushaltes der Bundesrepublik ausmacht.

Aus Sicht des BMAS und vor allem auch aus Sicht der vor Ort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, scheint dies eine Beschneidung Ihrer Arbeit und Handlungsfreiheit zu sein. Ich kann diesen Gedankengang durchaus nachvollziehen.

Mir machen jedoch zwei Entwicklungen - die miteinander einhergehen - Mut: 2010 waren beim BMAS 143 Milliarden Euro im Haushalt eingeplant und am Ende wurden 10 Milliarden Euro weniger ausgegeben. Ergebnis: die Arbeitslosigkeit sank. 2011 standen „nur“ noch 131 Milliarden Euro zur Verfügung. Ergebnis: die Arbeitslosigkeit sank.

Der Main-Kinzig-Kreis musste 2011 bereits Kürzungen von ca. 2,85 Millionen Euro hinnehmen doch auch hier war das Ergebnis eine sinkende Arbeitslosenzahl. Ich möchte damit zum Ausdruck bringen, dass die Verringerung der Arbeitslosenzahlen nicht einzig und allein eine Budgetfrage ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in den vergangenen Jahren bewiesen, dass trotz eines schrumpfenden Haushalts die Vermittlung funktionieren kann.

Woran liegt das? An der Qualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Bundesagentur und in den Kommunen, an engagierten Arbeitgebern und Arbeitnehmern und an den größtenteils arbeitswilligen und motivierten Menschen, die sich auf Arbeitssuche befinden.

Die Entwicklungen der letzten beiden Jahre zeigen, dass nicht ausschließlich das Budget, sondern vielmehr die handelnden Personen zum Aufschwung am Arbeitsmarkt beitragen.

Der Staat kann mit Geld nicht alles lenken und planen. Das ein solches Grundverständnis des Staates keine Zukunft hat, haben die Menschen in Deutschland hautnah miterleben müssen.

Die Leitidee unseres Wirtschaftssystems und unserer Arbeitsmarktordnung bleibt die Soziale Marktwirtschaft.

Die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft ist nach unserem Einigungsvertrag (Art. 1 Abs. 3 des Staatsvertrages) durch die Merkmale Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital und Dienstleistungen gekennzeichnet. Diese Merkmale sind gekoppelt mit einem System der sozialen Sicherung.

Die Rahmengesetzgebung obliegt dabei dem Staat. Er hat für die Grundregeln Sorge zu tragen und hat bei wirtschaftlichen oder arbeitsmarktpolitischen Schieflagen durch entsprechende Gesetze für Stabilität und Verlässlichkeit zu sorgen.

Eine Schieflage erkennen wir derzeit bei den unteren Einkommen. Betrachten wir die letzten 10 Jahre, so können wir feststellen, dass die Lohnspreizung in Deutschland größer geworden ist. Die unteren Einkommen sind zum Teil stagniert, zum Teil sogar gesunken.

Weiter können wir beobachten, dass die Tarifbindung in den letzten Jahren sehr viel schwächer geworden ist. Zum Beispiel sind in Ostdeutschland nur noch 40% der Betriebe tarifgebunden.

Wir sind alle der Meinung, dass derjenige, der anständig arbeitet, auch anständig bezahlt werden muss. Über viele Jahre hat das aufgrund der Stärke der Tarifpartner sehr gut funktioniert.

Nun gibt in Deutschland „weiße Flecken“, wo dieses Zusammenspiel der Tarifparteien nicht mehr ohne Weiteres zu funktionieren scheint.

In diesen Fällen, meine Damen und Herren, muss sich der Staat engagieren und mit den Tarifparteien eine Lösung erarbeiten.

Aus meiner Sicht hat nicht alleine das Parlament zu entscheiden, welche Löhne angemessen sind, sondern die Beteiligten. Damit befinden wir uns auch weiterhin in der guten und richtigen Tradition der Sozialen Marktwirtschaft. Eine Lohnuntergrenze bleibt Sache der Tarifparteien! Daher lehne ich auch weiterhin einen flächendeckenden und vom Bundestag „ausgeknobelten“ Mindestlohn ab.

Unsere politischen Konkurrenten stellen hier Forderungen auf, die sich zunächst fantastisch anhören. Lassen Sie mich ironisch bemerken, dass 10 Euro an dieser Stelle noch eine moderate Forderung ist. Doch am Ende kommt es immer zur entscheidenden Frage: Wer zahlt nachher die Zeche?

Ich habe Hoffnung, dass die LINKE bzgl. Ihrer flächendeckenden Mindestlohnforderung bald klein beigibt und endlich das bedingungslose Grundeinkommen von ein paar tausend Euro im Monat als das zentrale arbeits- und sozialpolitische Anliegen benennt.

Die CDU sieht im Menschen ein selbstbestimmendes Wesen und, wenn es irgend geht, werden wir dafür Sorge tragen, dass der Staat sich nicht in ihre Lebenswelt unnötigerweise einmischt.

In der Arbeitnehmerüberlassung mussten wir dies mit einer Lohnuntergrenze in diesem Jahr jedoch tun. Auch im Dachdeckerhandwerk oder im Gebäudereinigerhandwerk sind erneuerte Verordnungen auf den Weg gebracht.

Wenn ich auf Einladung der Agentur für Arbeit Hanau zu Ihnen sprechen darf, dann will ich auch kurz auf das Optionsmodell eingehen, welches Sie als einer der ersten Kreise in Anspruch genommen haben.

Aus gut informierten Kreisen habe ich mir berichten lassen, dass sich die Zusammenarbeit zunächst etwas schwierig gestaltet hat, aber nunmehr sehr gut funktioniert.

Modellversuche brauchen Zeit. Ein reibungsloser Übergang war seinerzeit kaum zu erwarten. Das dieses Modell aber eine wahre Option darstellt, zeigt der Umstand, dass in diesem Jahr bundesweit 41 weitere so genannte Optionskommunen hinzukommen.

Zeit brauchen sicherlich auch die benannten gesetzlichen Änderungen im Bereich der Neuordnung der Instrumente zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Wie man sieht, ist Arbeitsmarktpolitik kein statisches Konstrukt. Die Evaluation der neuen Regelungen wird zeigen, inwieweit die verfolgten Ziele erreicht werden konnten. Dabei ist es unabdingbar, dass Sie uns Ihre Erfahrungen auch weiterhin zur Verfügung stellen. Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen sind Willens, ihre Anregungen aufzunehmen und zu verarbeiten.

Die Forderung von Herrn Noblé aus dem Jahr 2010 nach mehr Handlungsfreiheiten vor Ort haben wir scheinbar zumindest nicht völlig überhört.

Nachdem ich skizziert habe, mit welchen Wandlungen sich Gesellschaft und Arbeitsmarkt auseinandersetzen haben, und welche Antworten wir derzeit darauf geben, lassen Sie mich abschließend noch einige Ausführungen zu den so genannten **Zukunftsmärkten** machen.

Mit dem Beschluss zum Ausstieg aus der Atomenergie haben wir uns in der Bundesrepublik zwangsläufig einen Zukunftsmarkt geschaffen. In den kommenden Jahren wird nach meiner Einschätzung die Nachfrage an zukunftsorientierten **Energietechnologien** weiter steigen.

Dies betrifft zunächst den Bereich der effizienten Nutzung erneuerbarer Energien. Optimierungspotentiale im Bereich der Solarenergie und insbesondere der Windenergie werden verstärkt nachgefragt. Vielmehr jedoch, sehe ich einen Markt im Bereich der Stromspeicherung.

Wie Sie alle wissen, ist die derzeitige Diskussion vornehmlich auf den Transport des Stroms fokussiert, z.B. von einem Offshore-Park in der Ostsee in die Münchener Innenstadt.

Großes Entwicklungspotential hat meines Erachtens jedoch das Thema der Speicherung bereits vorhandenen Stroms. Wie lassen sich in Zeiten der „Überproduktion“ Reserven aufbauen und, wo können wir diese effektiv speichern? Wer weitergehende Antworten als die bislang bekannten auf diese Fragen hat, könnte eine rosige Zukunft vor sich haben.

Wir sind mit unserem Atomausstieg international Vorreiter. Wenn unser Modell funktioniert und wir die technischen Herausforderungen lösen, dann werden wir in diesem Bereich auch eine internationale Vormachtstellung genießen. Unsere Expertise wird auf kurz oder lang gefragt sein und das bedeutet nicht zuletzt Arbeitsplätze.

Bereits im Jahr 2011 sind im Bereich erneuerbare Energien etwa 370.000 Arbeitsplätze entstanden. Die CDU tritt dafür ein, diese Entwicklung konsequent zu fördern.

Gleiches gilt für die **Elektromobilität**. Wer an Mobilität denkt, muss in der nächsten Sekunde an Deutschland denken. Wir sind führend im Bereich der Automobilindustrie und wir wollen dies auch in der Elektromobilität sein.

Vor zwei Wochen hat daher die Landesregierung in Hessen eine Bewerbung als „Schaufensterregion für Elektromobilität“ abgegeben.

Die Landesregierung hat die Mittel dieser Maßnahme bereits bereitgestellt und mit erfolgreicher Bewerbung beim Bund könnten insgesamt 60 Millionen Euro an Fördermitteln in diesem Bereich bereitgestellt werden.

Hessen hat eine hohe Dichte an erfolgreichen Autobauern und Zuliefererunternehmen und eine Vielzahl von Forschungseinrichtungen auf diesem Gebiet. Die Hessische Landesregierung beweist mit ihrer Bewerbung ihre Zukunftsorientierung.

Angesichts nationaler und internationaler Zielvereinbarungen auf dem Gebiet der Klimapolitik ergibt es sich zwangsläufig, dass auch die Elektromobilität einen Zukunftsmarkt darstellt.

Einen letzten stark wachsenden Bereich stellt aus meiner Sicht die **digitale Wirtschaft** dar.

Schon heute entstehen 40% der Innovationen in Deutschland in der Informations- und Kommunikationsbranche. Deutschland ist stark auf dem Gebiet der Softwaresysteme in Autos und Maschinen, gleiches gilt für den Bereich der Mikroelektronik.

Das die digitale Wirtschaft ein großer Zukunftsmarkt ist, zeigt allein die Berechnung einiger Experten, dass bereits in wenigen Jahren 40% der heutigen Kraftwerksleistung nur für den Betrieb der Kommunikationstechnik eingesetzt werden wird. Daher ist für unser Land der Breitbandausbau von zentraler Bedeutung. Schnelle und funktionsfähige Kommunikationstechnologie ist der Schlüssel für künftigen wirtschaftlichen Erfolg und eine hohe Lebensqualität.

Ende 2011 hatten 99% der Haushalte in Deutschland Zugang zu Breitbandanschlüssen mit einer Leistung von mindestens 1Mbit/s. Das Ziel der CDU ist es, bereits 2015, aber spätestens 2018 flächendeckend Hochleistungsanschlüsse bereit zu stellen.

Der Markt der digitalen Wirtschaft ist aus meiner Sicht noch lange nicht gesättigt, im Gegenteil, wir steigen gerade erst in das „digitale Zeitalter“ ein.

Da ich mich Mark Twain verpflichtet fühle, möchte ich zum Schluss meiner Rede kommen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Agentur für Arbeit und den kommunalen Stellen für Ihre ausgezeichnete Arbeit zu bedanken. Wie wir alle sehen können, haben Sie im letzten Jahr viele Erfolge verbuchen können – darauf können Sie stolz sein.

Dennoch weiß ich auch durch meine frühere Aufgabe als Bundeminister für Arbeit und Soziales, dass ihr Arbeitsalltag nicht immer leicht und einfach ist. Sie haben teils mit schweren persönlichen Schicksalen zu tun. Ich wünsche Ihnen für die Zukunft viel Kraft und Stärke für Ihre Aufgaben und daraus resultierend, eine weiterhin so hervorragende Bilanz Ihrer Arbeit.

Der ehemalige Oberbürgermeister von Stuttgart und CDU Politiker Manfred Rommel hat einmal gesagt: „Am schwierigsten bei einer Rede ist der Schluss. Manche versprechen immer wieder, dass sie zum Schluss kommen, halten ihr Versprechen aber nicht. Dies ist nur bis zur dritten Wiederholung reizvoll. Die einfachste Form des Schlusses besteht darin, einfach aufzuhören.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!